



## 29 KONZEPTE FÜR HESSEN BILANZ KONSTRUKTIVER GRÜNER OPPOSITION

Vom „Weg aus der Schuldenfalle“ bis hin zum „Schulfrieden“ reichen die Konzepte, mit denen wir seit Januar 2010 Alternativen zur Politik der schwarz-gelben Landesregierung entwickelt haben. Mit 29 Konzeptpapieren decken wir zahlreiche wichtige Politikfelder ab.

Wir haben die Legislaturperiode genutzt und uns systematisch und fachlich fundiert auf einen Regierungswechsel vorbereitet. Wir haben gezeigt, dass wir GRÜNE weit über unsere klassischen Themen hinaus Konzepte und Antworten auf die Herausforderungen unseres Landes haben.

### KONSTRUKTIVE OPPOSITION

Wir haben das gemacht, was Aufgabe einer konstruktiven Opposition ist: Die Alternativen zur Politik der erschöpften und verbrauchten CDU/FDP-Regierung möglichst konkret aufzeigen und den Bürgerinnen und Bürgern ein Angebot für eine andere, eine bessere Regierungspolitik nach der Wahl zu machen.

Mit drei Konzepten zum Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich haben wir gezeigt, dass wir von der Energiewende mehr verstehen. Wir können den derzeitigen Stillstand überwinden und Hessen bei den Erneuerbaren Energien voranbringen. Wir haben deutlich gemacht, dass und wie das Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche deutlich verbessert werden kann und geben eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für



Grundschulkinder. Allein zu diesem Komplex der Bildungs- und Betreuungspolitik liegen inzwischen sechs Konzepte vor (auf Seite drei findet sich eine ausführliche Vorstellung des aktuellsten Konzepts zum „Schulfrieden“). Auch in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik brauchen wir einen Aufbruch. Es muss endlich Schluss sein mit der erfolglosen, auf Großprojekte fokussierten Wirtschaftspolitik. Wir brauchen stattdessen eine neue Wirtschafts- und Verkehrspolitik, die die Mobilität der Menschen verbessert, die Wirtschaftsförderung neu strukturiert und moderne Infrastruktur wie das Hochleistungs-Breitbandnetz ausbaut. Auch dazu haben wir Konzepte vorgelegt.

### KONZEPTE-TOUR

Wir wollen unsere Politik nicht von oben verordnen. Deshalb sind wir im letzten und auch in diesem Jahr auf Konzeptetour gegangen. Im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern haben wir unsere Vorschläge diskutiert und auf ihre Realitätstauglichkeit hin abgeklöpft. Wir haben unsere Inhalte

vorge stellt, zugehört, diskutiert und Ideen aufgegriffen. Nach fast 15 Jahren CDU-geführter Regierung fordern die Bürgerinnen und Bürger auch wieder eine andere politische Kultur. Sie wollen, dass sie in die politischen Entscheidungen verstärkt einbezogen werden und nicht mehr alles über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Es muss wieder selbstverständlich sein, dass das

Land den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einer Partei gehört.

### ALTERNATIVE ZU SCHWARZ-GELB

Mit unserer Konzept-Arbeit haben wir eine gute Grundlage, die vorhandenen Alternativen zu Schwarz-Gelb noch deutlicher zu machen. Wir haben konkrete und machbare Konzepte vorgelegt. Die Hessinnen und Hessen können genau erfahren, was sie von uns zu erwarten haben. Wir haben auch gezeigt, wie wir unsere Vorstellungen finanzieren und dabei den gigantischen Schuldenberg, den CDU und FDP während ihrer Regierungszeit aufgebaut haben, nicht weiter ansteigen zu lassen und langfristig sogar abbauen können. Wir würden uns freuen, wenn wir uns in den kommenden Jahren an die Arbeit machen könnten, um unsere Konzepte konkret umzusetzen.

Alle 29 Konzepte gibt's unter:  
[www.gruene-hessen.de/konzepte](http://www.gruene-hessen.de/konzepte)



# NEUE IMPULSE FÜR DIE KULTURPOLITIK

## Das GRÜNE Konzept zur Förderung von Kreativität

KONZEPTE FÜR HESSEN:  
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

Die Kreativwirtschaft zählt in den entwickelten Ländern zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen. Innovationsfähigkeit und Kreativität werden mehr und mehr zu den erfolgsentscheidenden Ressourcen von Städten und Regionen im 21. Jahrhundert. Mit seinen zahlreichen Hochschulen und Forschungsinstituten, der vielfältigen Wirtschaftslandschaft im kreativen Bereich, aber gerade auch durch seine Multikulturalität verfügt Hessen über ideale Voraussetzungen, um von diesem Wandel in der Wirtschaft zu profitieren. Allerdings wird die Kreativwirtschaft in Hessen bislang zu einseitig und planlos unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt der Ansiedlungspolitik gefördert. Hier sehen wir dringenden Korrekturbedarf. Kultur und Kreativität brauchen Raum und Freiheiten jenseits von Nützlichkeitsaspekten. Deshalb haben wir ein Konzept erarbeitet, in dem wir zeigen, wie wir Kreativität als wichtiges Kapital der Gesellschaft fördern wollen.

### GERECHTE FINANZIERUNG

Wir wollen die Finanzierung der Museen und Theater in Hessen gerechter gestalten. Bislang ist es so, dass die Stadt Frankfurt ihre Theater und Museen zum Großteil selbst finanzieren muss, während die Staatstheater und Landesmuseen in anderen Städten vom Land unterhalten werden. Diese historisch bedingte Regelung wird den gewachsenen kulturellen Strukturen nicht mehr gerecht. Deshalb wollen wir alle bisher finanzierten Theater und Museen künftig zu einem Drittel aus originären Haushaltsmitteln des Landes, zu einem Drittel aus Mitteln

des Kommunalen Finanzausgleichs und zu einem Drittel über die jeweiligen kommunalen Haushalte finanzieren. Die Stadt Frankfurt soll gleichzeitig über Landeszuschüsse und den Kommunalen Finanzausgleich den Durchschnittswert der Förderung der drei Landesmuseen und Staatstheater als finanzielle Unterstützung erhalten.



Kreative Impulse setzen

### JUNGE TALENTE FÖRDERN

Kulturelle Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, deshalb gehört sie von Anfang an in den Bildungsplan. Ob Kinder musisch-ästhetische Bildungsangebote wahrnehmen, hängt jedoch sehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Das ist für uns ein untragbarer Zustand. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen von kulturellen Angeboten profitieren können, und zwar in gleichem Maße als Konsumentinnen und Konsumenten, wie auch als selbst aktiv Kulturschaffende. Um dies zu erreichen, wollen wir das Kulturportal Hessen zu einem Portal für kulturelle Bildung ausbauen. Dadurch sollen Kindergärten und Schulen einfacher mit Anbietern kultureller Bildung in Kontakt treten können. Zusätzlich wollen wir unter anderem einen Wettbewerb un-

ter den Kommunen anregen, bei dem das beste kulturelle Vernetzungsangebot ausgezeichnet wird, sowie das Konzept des „Kulturucksacks“ aus Nordrhein-Westfalen übernehmen. Dabei bewerben sich Kommunen und Gemeinden um eine Projektförderung von 4,40 Euro pro Kind und stellen den Inhalt des „Rucksacks“ in Zusammenarbeit mit Künstlern, Kunstinstitutionen und Schulen selbst zusammen.

### NEUE IDEEN UND OFF-KULTUREN ERMÖGLICHEN

Wir wollen nicht nur klassische kulturelle Einrichtungen sondern auch die Off-Kulturszene fördern, die heute schon als Magnet für Menschen aller Altersgruppen wirkt. Dazu wollen wir einen eigenen Fördertopf einrichten, mit dem Nachwuchskünstlerinnen und -künstler unterstützt werden, die sich mit ihrem Schaffen jenseits großer Institutionen und etablierter Formate bewegen, wie dies beispielsweise in Hamburg bereits geschieht.

Außerdem unterstützen wir die Leerstandsagenturen in Frankfurt und Gießen, die leerstehende Räume zur Zischennutzung für Kulturschaffende anbieten. Diese Möglichkeit wollen wir auch zur Stärkung der jungen Musikszene nutzen, für die wir außerdem ein Förderprogramm ins Leben rufen wollen

Auch den Filmstandort Hessen wollen wir ausbauen, indem wir mit der Medien und Film GmbH eine einheitliche Organisationsform für die hessische Filmförderung schaffen.

Das gesamte Konzept gibt's unter:  
<http://gruenlink.de/jq2>



# VERLÄSSLICHKEIT UND PERSPEKTIVEN GRÜNES Konzept für einen Schulfrieden in Hessen

KONZEPTE FÜR HESSEN:  
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

Überall in Hessen werden wir in diesen Tagen nach den bildungspolitischen Alternativen zur schwarz-gelben Landesregierung gefragt. Gleichzeitig gibt es die Sorge, dass die ideologische Auseinandersetzung weitergeht. Wir GRÜNE sagen klar: Wir stehen für einen Schulfrieden und Maß und Mitte in der Bildungspolitik.

## LEITLINIEN GRÜNER BILDUNGSPOLITIK

Schulfrieden statt Schulkampf, ermöglichen statt verordnen und Evolution statt Revolution - das sind die bildungspolitischen Leitlinien unseres Konzepts für einen Schulfrieden. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler können sich darauf verlassen, dass nach einem Regierungswechsel an den Schulen nicht wieder alles komplett anders wird. Gleichzeitig wollen wir den Schulen aber auch Perspektiven für ihre Arbeit und pädagogische Weiterentwicklung eröffnen.

## WAS FÜR HESSEN ZU TUN IST

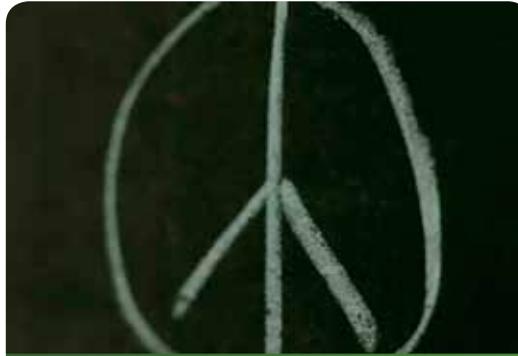
### 1. Ein neuer Stil

Ein respektvoller und wertschätzender Umgang miteinander soll das Verhältnis von den an Schulen Beteiligten, der Schulverwaltung, den Schultägern und dem Kultusministerium prägen. Dazu gehört auch, dass sich die Beteiligten in einem Bildungsdialog „Hessens Schulen 2024“ mit allen im Landtag vertretenen Parteien darüber verständigen, welche Ziele das Bildungswesen in den nächsten zehn Jahren erreichen soll.

### 2. Mehr individuelle Förderung

Die Schulen brauchen wieder Luft zum Atmen und Freiräume, um pädagogi-

sche Konzepte und mehr individuelle Förderung tatsächlich umsetzen zu können. Wir wollen diese Freiräume durch Entbürokratisierung, eine ech-



Endlich einen Schulfrieden erreichen

te 105-prozentige Lehrerversorgung und dem Ausbau der Lehrerruhestellen nach dem Sozialindex erreichen.

### 3. Perspektiven eröffnen

In den Grundschulen soll es am Ende der kommenden Legislaturperiode durch die Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 bis 17.00 Uhr ein Ganztagsangebot aus einer Hand geben. Durch die bessere Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen, die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans sowie den flexiblen Schulanfang können Kinder von Anfang an besser gefördert werden. Es wird eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 geben und die Neue Schule wird ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Durch den Ausbau der Ganztagsangebote wollen wir mehr individuelle Förderung erreichen. Der inklusive gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf wird von der Ausnahme zur Regel. Durch die selbstständige Schule vor Ort wird mehr pädagogische Freiheit und weniger Bürokratie erzielt.

### 4. Berufsbildung ermöglichen

Jeder junge Mensch soll ein Angebot für eine Berufsausbildung erhalten – auch diejenigen, die im dualen System keinen Platz gefunden haben. Keiner soll mehr in dem derzeitigen undurchsichtigen Förderdschungel verloren gehen. Unproduktive Warteschleifen sollen vermieden werden.

### 5. Unterstützungssystem und Lehrerfortbildung verbessern

Um durch Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern sowie der Einbeziehung anderer Berufe den Anforderungen an Schule gerecht zu werden, wird ein leistungsfähiges Unterstützungssystem für die Schulen geschaffen. Dazu gehört auch, das Landesschulamt zu einer wirkungsvollen dezentralen Unterstützungsstruktur weiterzuentwickeln und wo möglich, rückabzuwickeln.

### 6. Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern reformieren

Da der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ein großes Gewicht zukommt, wird im Dialog mit allen Beteiligten über die künftige Struktur der Lehrerbildung beraten. Dazu gehört auch, ein praxistaugliches Modell für Praxissemester zu entwickeln.

### 7. Zusammenarbeit verbessern – Kooperationsverbot abschaffen

Wir GRÜNE setzen uns für die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bundes- und Landesebene in der Bildungspolitik ein.

Das gesamte Konzept gibt's unter:

<http://gruenlink.de/jrf>



# EIN WINDRAD STEHT IM WALDE

## Windenergie ausbauen, nicht verhindern

Schwarz-Gelb hat einen Landesentwicklungsplan vorgelegt, der das Gegenteil bewirkt von dem, was er bewirken soll: Der Ausbau der Windenergie wird nicht gefördert, sondern ausgebremst. Daher fordern wir von Landesplanungsminister Rentsch (FDP) und Umweltministerin Puttrich (CDU), dass sie diesen Windkraftverhinderungserlass sofort zurückziehen und umfassend überarbeiten.

Mit diesem schwarz-gelben Plan wird Hessen weiter auf dem letzten Platz der Flächenländer beim Ausbau der erneuerbaren Energien bleiben. Schwarz-Gelb hat damit den Konsens des hessischen Energiegipfels verlassen.

Die Landesregierung hat Bedingungen formuliert, die für viele potentielle Standorte von Windrädern das Aus bedeuten würden. Dazu gehört eine geforderte Mindestwindgeschwindigkeit von 5,75 Meter pro Sekunde in 140 Metern Höhe und ein Mindestabstand von 1.000 Metern zu Siedlungen. Zahlreiche Kommunen haben unsere Befürchtungen bestätigt und fordern die nötige Flexibilität bei der Suche und der Ausweisung der Flächen.

**Beispiel Rodgau:** Hier kann der Bau eines Windparks nicht realisiert werden, obwohl Gutachten dort eine gute Wirtschaftlichkeit bestätigt haben – es wird aber „nur“ eine Windgeschwindigkeit von 5,5 Meter pro Sekunde erreicht. Schwarz-Gelb gefährdet mit zu strengen Vorgaben die Energiewende.

### WAS WIR VORHABEN

Wir fordern zusammen mit den betroffenen Kommunen die Absenkung der Mindestwindgeschwindigkeit auf

5,5 Meter pro Sekunde und die Änderung des Mindestabstands von 1.000 Metern in einen Regelabstand, wie er beim Energiegipfel beschlossen wurde: In Ausnahmefällen und unter Beteiligung der betroffenen Bürger könnten so auch Flächen unterhalb der 1.000 Meter bereitgestellt werden.



Schwarz-Gelb bremst die Energiewende

Der Regionalverband Frankfurt Rhein-Main, der 75 Kommunen in Südhessen vertritt, hat eindrucksvoll vorge-rechnet, dass unter Berücksichtigung aller Kriterien die die schwarz-gelbe Landesregierung aufgestellt hat, weniger als ein halbes Prozent der Fläche für die Windenergie zur Verfügung stünde. Wir brauchen aber zwei Prozent der Landesfläche, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten.

### KOMMUNEN BETEILIGEN

Als weitere Maßnahme um die Windenergie in Hessen voranzubringen, wollen wir GRÜNE bei Windenergieanlagen in Forstgebieten des Landes die betroffenen Kommunen mit bis zu 30 Prozent an den Pachteinahmen beteiligen. Einen entsprechenden Ge-

setzentwurf, der das ermöglicht, haben wir im Landtag eingebracht.

42 Prozent der Fläche Hessens besteht aus Waldgebieten. Davon sind 40 Prozent Staatswald. Viele sehr gute potenzielle Standorte für Windenergieanlagen liegen daher im landeseigenen Hessen-Forst. Gerade klamme Kommunen könnten durch solche Anlagen auf eine neue Einnahmemöglichkeit zurückgreifen. So hätten die Kommunen einen Anreiz, verstärkt selbstständig potenzielle Investoren für Standorte im Hessen-Forst zu akquirieren, was wiederum zu mehr Windkraftstandorten führen würde. Sind mehrere Kommunen von Windkraftanlagen betroffen, ist die Beteiligung bei einer Einigung der Kommunen ebenso möglich. Wir sind zuversichtlich, dass die zunächst geringere Gewinnerwartung von Hessen-Forst schnell kompensiert werden würde. Insgesamt könnten wir die Energiewende so beschleunigen.

### AKZEPTANZ VOR ORT VERBESSERN

Die Standorte im Forst liegen oft fern von Siedlungen, das hat den Vorteil, dass sie zu einer geringeren Lärmbelastung für die Bevölkerung führen. Eingebettet im Wald wirken gerade die modernen Anlagen auch weniger auf das Landschaftsbild. Auch ökologisch kann es vorteilhafter sein, beispielsweise monotone Fichtenwälder statt artenreicher Grünlandstandorte für die Windkraft zu nutzen. Und durch die Beteiligung der Kommunen an den Pachteinahmen von Landesforsten wird die Akzeptanz vor Ort für die Windenergie noch weiter erhöht.



## SCHWARZ-GELBE NEBELKERZEN IM FALL EBS-FÖRDERUNG

Wenn es um den Machterhalt geht, kennt Schwarz-Gelb keine rechtstaatlichen Grenzen. Diese Erkenntnis ist nicht ganz neu, aber es ist immer wieder schockierend zu sehen, wie die angeblich bürgerlichen Parteien, die so gerne von ihnen zitierten bürgerlichen Werte mit Füßen treten. Jüngst war diese Praxis im Untersuchungsausschuss zur öffentlichen Förderung der privaten Hochschule European Business School (EBS) zu beobachten, wo CDU und FDP erst nach heftiger Kritik davon absahen, einen verfassungswidrigen Antrag zur Abstimmung zu stellen.

### VERUNTREUUNG

Die Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist es, aufzuklären, wie es zu der Förderung des Aufbaus der Law School der EBS kam, welche Rolle schwarz-gelbe Seilschaften dabei

spielten und wofür die öffentlichen Gelder genau verwendet wurden. Nachdem die Auszahlung der Fördermittel aufgrund von Veruntreuungen unterbrochen worden war und der Präsident bereits nach kurzer Zeit verhaftet wurde und seinen Hut nehmen musste, führte schließlich ein verheerender Bericht des Landesrechnungshofes zur Einsetzung des Ausschusses. Seitdem versuchen CDU und FDP den Fortgang der Untersuchung mit allen Mitteln zu verhindern.

### BEHINDERUNG WO ES GEHT

Zuerst dauerte es Monate bis endlich die Akten bereitgestellt wurden, damit der Ausschuss überhaupt seine Arbeit aufnehmen konnte. Die nächste Barrikade auf dem Weg der Aufklärung sollte dann mit einem aufgeblähten Beweisantrag aufgetürmt werden, der mit seinen 70 Zeugen ganz offensicht-

lich nur auf Zeitgewinn ausgelegt war und nichts zur Aufklärung des Untersuchungsgegenstandes beizutragen hatte. So beurteilte der renommierte Rechtsprofessor Joachim Wieland den Antrag von Schwarz-Gelb dann auch als verfassungswidrig. Auf ähnliche Art und Weise hatte die Regierung schon den Untersuchungsausschuss zur Steuerfahnderaffäre zu torpedieren versucht und dafür vor Gericht die Quittung kassiert.

Nach heftiger Kritik von SPD und GRÜNEN hat Schwarz-Gelb nun zunächst darauf verzichtet, den Antrag zur Abstimmung zu stellen. Auch wenn die Fraktionen von CDU und FDP weiter versuchen werden die Aufklärung zu behindern, wir werden uns davon nicht abschrecken lassen und weiterhin alles dafür tun, dass dieser Vorgang restlos aufgeklärt wird.

## HESSERTAG 2013 IN KASSEL - IMPRESSIONEN



Öffentliche Fraktionssitzung



Fraktionsstand in der Landesausstellung



# KENNZEICHNUNGSPFLICHT FÜR POLIZISTEN

## Einsatzkräfte müssen nachträglich identifizierbar sein

Wiederholt haben Bürger von Übergriffen einzelner Polizisten berichtet - beispielsweise bei der Blockupy-Demonstration am 1. Juni in Frankfurt. Bisher können diese Fälle kaum aufgeklärt werden, weil die Identifizierung der beschuldigten Polizeibeamten selten möglich ist. Das wollen wir ändern.

Wir schlagen vor, dass Polizistinnen und Polizisten grundsätzlich entweder ein Namensschild oder eine individualisierbare Kennzeichnung an der Dienstkleidung tragen. So kann Vorwürfen gegen einzelne Beamte besser nachgegangen werden. Polizisten im Einsatz müssen unserer Meinung nach für den Bürger identifizierbar sein. Dieses Gebot der Rechtsstaatlichkeit wollen wir im Hessischen Polizeige-



setz festschreiben. Um eine solche Kennzeichnung in Hessen einzuführen, haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeitet und dem Landtag vorgelegt.

### KLARNAME ODER NUMMERNCODE

Derzeit ist es hessischen Polizistinnen und Polizisten freigestellt, ob sie im Einsatz ein Namensschild tragen oder nicht. Insbesondere bei Großeinsätzen werden in der Regel keine Namensschilder getragen. Wir verstehen, dass

Polizistinnen und Polizisten in heiklen Einsätzen, etwa gegen organisierte Kriminelle, ihren Klarnamen aus Sorge vor Übergriffen im persönlichen Umfeld oder Racheakten gegen Familienangehörige nicht zeigen möchten. Deshalb sollen die Beamten wählen können, ob sie ihren Namen oder einen der Identifizierung dienenden Nummern-Code tragen.

Schon heute tragen viele Beamtinnen und Beamte im Streifendienst ein Namensschild. Wir wollen, dass dies zukünftig für alle Polizisten die Regel wird. Brandenburg, das ein solches Gesetz bereits eingeführt hat, und Berlin, wo die Kennzeichnung durch einen Erlass geregelt ist, haben bisher positive Erfahrungen mit der Kennzeichnungspflicht gemacht.

# POLIZEIEINSATZ BEI BLOCKUPY-DEMONSTRATION

## Einkesselung muss lückenlos aufgeklärt werden

Wenn sich Menschen in Frankfurt friedlich versammeln und für ihre Ziele demonstrieren, dann ist das gelebte Demokratie und wird von uns GRÜNEN begrüßt. Dass das Demonstrationsrecht in Deutschland grundgesetzlich geschützt ist, ist eine große Errungenschaft unserer Demokratie. Dieses Grundrechte gelten auch für die Blockupy-Demonstration am 1. Juni in Frankfurt, bei der tausende Demonstranten ihre grundsätzliche Kritik am Wirtschaftssystem ausdrücken wollten.

### UNVERHÄLTNISSMÄSSIGER POLIZEIEINSATZ

Umso erschreckender finden wir, wie mit den Blockupy-Demonstranten umgegangen wurde. Tausenden Bürgerinnen und Bürgern wurde faktisch

das Demonstrationsrecht verwehrt. Wir verurteilen die Gewalt einer kleinen Gruppe von Demonstranten, die mit Pyrotechnik, Latten, Wurfgeschossen und anderen Waffen die Polizei angegriffen haben. Solche Gegenstände haben auf einer Demonstration nichts zu suchen. Das rechtfertigt allerdings nicht, 10.000 friedlichen Demonstrationsteilnehmern zu untersagen, ihren Protestmarsch auf einer genehmigten Route fortzusetzen. Das ist unverhältnismäßig und zeigt: Der CDU-Innenminister Boris Rhein verkennt den hohen Stellenwert des Demonstrationsrechts in unserer Demokratie.

Was von dem Polizeieinsatz am 1. Juni bleibt, ist ein schaler Beigeschmack. Deswegen wird neben der Klärung durch die Gerichte abzuwarten sein,

zu welchen Ergebnissen die eingereichte Arbeitsgruppe des Polizeipräsidiums Frankfurt und die laufenden strafrechtlichen Ermittlungen führen werden. Wir werden uns jedenfalls nicht mit Beschwichtigungen zufrieden geben, sondern fordern, dass die Vorfälle lückenlos aufgeklärt werden.

### DEMONSTRIEREN OHNE ANGST

Wir wollen, dass friedliche Demonstranten weder Angst haben müssen noch stundenlang in einem Polizeikesel ausharren müssen. Sie haben das Recht dazu, laut und vielfältig auf ihre Positionen aufmerksam zu machen. Und wenn sich diese Positionen nicht mit denen des Innenministers decken, muss dieser lernen das auszuhalten.



## TRANSPARENZ IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Im Zuge der schweizer Volksabstimmung über die Begrenzung der Managergehälter ist es auch hierzulande zu einer breiten Diskussion über die Angemessenheit von Managergehältern gekommen. Wir wollen unsere Möglichkeiten als Landesgesetzgeber nutzen, um Bürgerinnen und Bürger über die Gehälter und Boni zu informieren, die in öffentlichen Unternehmen gezahlt werden.

Dazu haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Land und die Kommunen dazu verpflichtet, Bezüge und Leistungszusagen für Mitglieder der Leitungs- und Kontrollgremien bei bestehenden Gesellschaften zu veröffentlichen.

Wir wollen damit den Beispielen Nordrhein-Westfalens und Hamburgs folgen. In NRW gilt eine entsprechende Regelung seit 2009 und die Hanse-



Öffentliche Gelder transparent ausgeben

stadt veröffentlicht seit diesem Jahr die Gehälter von 50 Geschäftsführern öffentlicher Unternehmen.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir dem besonderen Informationsanspruch der Öffentlichkeit bei öffentlichen Unternehmen Rechnung tragen. Es ist nicht akzeptabel, dass in steuerfinanzierten Unternehmen ganz diskret außertarifliche Vergütungen gezahlt werden ohne dass sich steuerzahlende Bürgerinnen und Bürger einen Eindruck über die Höhe und die

Angemessenheit verschaffen können. Wir wollen hier konsequent Offenheit und Transparenz herstellen: Wo unternehmerische Betätigung und finanzielles Risiko der öffentlichen Hand verflochten sind, ist es vollkommen legitim wissen zu wollen, was mit den öffentlichen Geldern genau geschieht.

Öffentliche Unternehmen stehen in besonderer Weise im Blickpunkt und Interesse der Öffentlichkeit. Aus diesem Grund sind die Mitglieder der Leitungs- und Kontrollgremien in dieser Funktion nicht gleichermaßen schutzbedürftig wie Mitarbeiter anderer Unternehmen. Die Belange des Einzelnen treten insoweit hinter denen der Allgemeinheit zurück und sie müssen, wie auch Abgeordnete, die Kontrolle ihrer Bezüge durch die Öffentlichkeit hinnehmen.

## NEUE WIRTSCHAFTS- UND VERKEHRSPOLITIK

Die Wirtschafts- und Verkehrspolitik der schwarz-gelben Landesregierung ist museumsreif. Sie beruht im wesentlichen darauf, möglichst viel Beton in die Landschaft zu gießen - der Rest wird sich schon geben. Gescheiterte Großprojekte wie der Regionalflughafen Kassel-Calden sind das Ergebnis dieser Politik, die vor Jahrzehnten vielleicht einmal funktioniert hat, den modernen Gegebenheiten aber nicht im Ansatz entspricht.

Es ist offensichtlich, dass Hessen eine neue Wirtschafts- und Verkehrspolitik braucht, um nicht abgehängt zu werden. Dieses grundlegende Umsteuern kann nur mit GRÜNEN Ideen gelingen. Wir haben die Konzepte und die Personen für einen wirklichen Wechsel.



Vorfahrt für die Schiene

### BREITBAND- UND SCHIENEN-INFRASTRUKTURAUSBAU

Wir wollen eine Infrastrukturpolitik, die nicht nur auf Beton in Form von Straßen, Autobahnen und Flughäfen setzt. Wir wollen in Hessen die Voraussetzungen für ein modernes Wirtschaften schaffen mit starken regionalen Wirtschaftskreisläufen und einer konzentrierten Unterstützung von Gründerinnen und Gründern. Die von Schwarz-Gelb blockierte Energiewende und der vernachlässigte Ausbau

des Hochleistungs-Breitbandnetzes müssen endlich konsequent vorangetrieben werden. Wir wollen die Schieneninfrastruktur deutlich ausbauen und der Instandhaltung von Straßen und Brücken Vorrang vor dem Neubau einräumen.

Bei der Wirtschaftsförderung wollen wir neue Akzente setzen und die einseitige Förderung großer und mittelgroßer Unternehmen zugunsten mittelständischer und kleiner innovativer Unternehmen korrigieren. Junge Wachstumsbranchen wie die Kreativwirtschaft mit unorthodoxen unternehmerischen Ideen dürfen nicht länger ignoriert werden, sondern müssen in der Wirtschaftspolitik eine größere Rolle spielen entsprechend ihrer großen Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft des Landes.



## OPERATION WAHLKAMPFDOPING

### Finanzministerium schreibt Pressemitteilungen für schwarz-gelbe Abgeordnete

Verzweifelte Zeiten erfordern verzweifelte Maßnahmen. Wenn die Aussicht auf Erfolg in weite Ferne rückt, wird man in der Wahl der Mittel weniger zimperlich und der Griff in die Giftkiste der verbotenen Hilfsmittel geht deutlich leichter von der Hand. Ein jüngstes Beispiel dafür liefern die verfassungswidrigen Abgeordnetenbriefe der schwarz-gelben Landesregierung, wobei unklar ist, ob Schwarz-Gelb nach 15 selbstherrlichen Regierungsjahren die Unrechtmäßigkeit des eigenen Vorgehens überhaupt noch wahrnimmt.

Wie kürzlich bekannt wurde, hat Finanzminister Schäfer (CDU) von seinem Ministerium parteipolitisch eingefärbte Argumentationshilfen für die Abgeordneten der schwarz-gelben Koalitionsfraktionen schreiben lassen. In diesen Abgeordnetenbriefen enthalten waren sogar Muster-Presserklärungen, in die die Abgeordneten nur noch ihren Namen eintragen mussten. Dadurch wurde das Neutra-



Abgeordnetenbriefe des Innenministeriums

litätsgebot, zu dem sich die Landesregierung per Amtseid verpflichtet hat, eindeutig verletzt.

Hinzu kommt noch, dass auch ein CDU-Landtagsdirektkandidat und Kreisgeschäftsführer, der dem Landtag nicht angehört, eine solche Muster-Erklärung in seinem Namen herausgegeben hat - inklusive der darin enthaltenen Rechtschreibfehler. Dies legt nahe, dass die Abgeordnetenbriefe nicht nur an die Fraktionen, sondern auch an Parteiangehörige außerhalb des Landtags gingen. Durch diesen Vorgang wird noch deutlicher, dass hier von einem Landesministerium

eindeutig Parteiarbeit geleistet wurde - ein klarer Rechtsbruch. Aber in der Bedrängnis scheint die Landesregierung auch nicht davor Halt zu machen, Parteiarbeit mit Steuermitteln zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund muten die Ausreden von Finanzminister Schäfer, die schon vorher ins Leere liefen, noch absurder an.

Nachdem der Inhalt der Briefe bekannt wurde, weigerte sich Schwarz-Gelb entgegen der Einschätzung von Verfassungsrechtlern jegliches Fehlverhalten einzugestehen. Inzwischen hat Schäfer immerhin bekundet, dass er solche Briefe nicht wieder schreiben würde.

Es bleibt aber der Eindruck, dass Schwarz-Gelb nach 15 Jahren an der Regierung blind geworden ist für den Unterschied zwischen Partei und Staat. CDU und FDP betrachten den Staat mittlerweile als ihr Eigentum, wie schon das Postengeschacher der Operation Abendsonne gezeigt hat.

## KURZ NOTIERT

### GEMEINSAME SITZUNG DER FRAKTIONSVORSTÄNDE AUS RHEINLAND-PFALZ UND HESSEN

Auf einer gemeinsamen Sitzung haben unser Fraktionsvorstand aus Hessen und der Fraktionsvorstand der rheinland-pfälzischen GRÜNEN viele Möglichkeiten zur Zusammenarbeit festgestellt. Von der Bekämpfung des Fluglärms bis hin zur Umsetzung der Energiewende gibt es viele Themen, bei denen wir mehr erreichen können, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Zuletzt wurde dies deutlich als es durch eine gemeinsamen Initiative gelang, den Fluglärmschutz im Bundestagswahlprogramm zu verankern.

Ab dem 22. September wollen wir diese Zusammenarbeit auch auf Regierungsebene fortsetzen.

### KOMMUNALE BETEILIGUNG: VIEL AUFWAND WENIG NUTZEN?

Kommunen können dann besonders von Bürgerbeteiligung profitieren, wenn sie wirklich bereit sind, einige grundlegende Voraussetzungen für mehr Mitsprache zu schaffen und den Bürgerwillen dann auch ernst nehmen. Richtig praktizierte Bürgerbeteiligung ist geeignet, sowohl langfristige Planungen als auch kurzfristige Konfliktbewältigung zu optimieren. Das sind die zentralen Ergebnisse einer von uns organisierten Fachtagung im Landtag.

Alle Vorträge der eingeladenen Expertinnen und Experten gibt's online unter:

[www.gruenlink.de/jfr](http://www.gruenlink.de/jfr)

### IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner

Parlamentarischer Geschäftsführer

**Redaktion & Layout:** Till Haupt, Paul Lassay, Sebastian Wanner

**Fotos:** Eigene, pixelio.de

Druck: Juli 2013